

*Freiheit wird nicht nur durch ihr Übermaß, sondern auch durch die Angst um sie gefährdet. Vor allem aber ist sie durch die Polarisierung und wechselseitige Eskalation der Ängste bedroht.*

*Roland Eckert*

## Verliert der Schrecken das Gleichgewicht?

Der Schrecken verliert sein Gleichgewicht. So warnen ernst zu nehmende Analytiker im Westen. Sie verweisen auf die enorme sowjetische Überlegenheit in der konventionellen Rüstung und auf den Umstand, daß der Westen auch im Bereich der Mittelstreckenraketen vom Osten überholt worden sei. Diese Berechnungen, u. a. vom Institut für Strategische Studien in London dokumentarisch belegt, aber nicht unumstritten, lassen das gewaltigste Wettrüsten erkennen, das in der Weltgeschichte je stattgefunden hat.

### Polarisierung dramatisch verschärft

Die *Polarisierung zwischen Ost und West* hat sich in den vergangenen Monaten dramatisch verschärft. Ein großer, weltumspannender Konflikt erscheint nicht mehr ausgeschlossen. Das Wort von Bundeskanzler *Helmut Schmidt*, der schon vor geraumer Zeit die gegenwärtige Weltlage mit der Situation vor 1914 verglich, muß in diesem Zusammenhang ohne Panik, aber mit Ernst bedacht werden. Denn tatsächlich kann schon ein vergleichsweise geringfügiger Anlaß die tödliche Mechanik der Allianzen in Gang setzen.

Nach der Demütigung durch die militärische Niederlage in Vietnam und nach einer Schwächeperiode, die angesichts der Geiselnahme im Iran in bedrückender Weise sichtbar wurde, scheinen die *Vereinigten Staaten* nunmehr entschlossen, sich ihrer Rolle als Supermacht wieder zu besinnen. *Ronald Reagan*, der eine Politik der Stärke versprach, ist nicht zuletzt deshalb vom amerikanischen Volk zum neuen Präsidenten gewählt worden.

Reagan will Amerika wieder groß und stark machen. Er demonstrierte diese Politik durch ein ungewöhnlich aufwendiges Programm der Aufrüstung, durch die autonome Entscheidung Amerikas, die Neutronenbombe zu produzieren, durch die Ankurbelung der amerikanischen Atomwirtschaft einschließlich der schnellen Brüter. Amerikas

*globale Sicherheitsinteressen* bestimmen wieder die Bündnispolitik der USA. Befreundete Regierungen und Regime werden in erster Linie nach ihrer Verlässlichkeit beurteilt, nicht nach Prinzipien der Menschenrechte, wie dies Präsident Carter in seiner Amtszeit versucht hatte.

Das Vordringen der Sowjetunion nach Angola, Äthiopien, Südjemen und vor allem der sowjetische Einmarsch in Afghanistan haben dieses Umdenken in Amerika beschleunigt. Die Erkenntnis, daß die Sowjetunion unter dem Deckmantel der Entspannung massiv aufgerüstet hat, vereinigt sich in Amerika mit der Sorge, die USA könnten ihre *Position als Schutzmacht der Demokratie* und sogar die eigene Unangreifbarkeit einbüßen. So kam es zu einer radikalen Umkehr in der amerikanischen Politik. Die USA stehen heute vor schwerwiegenden rüstungstechnischen Entscheidungen, deren Auswirkungen bis in die neunziger Jahre reichen. Die Regierung in Washington ist entschlossen, die inzwischen gefährdete Unverletzbarkeit der landgebundenen atomaren Abschreckungsmacht durch ein neues System beweglicher Raketen zu ersetzen, dessen Installierung zwischen 50 und 100 Milliarden Dollar kosten wird. Nie zuvor hat Amerika in Friedenszeiten derartige Rüstungsanstrengungen unternommen.

*Auf sowjetischer Seite* wurde die massive Aufrüstung schon seit einigen Jahren systematisch betrieben. Die konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion – von den Panzern über die Luftflotte bis zum konzentrierten Ausbau der Sowjetflotte – sind außerordentlich verstärkt worden, und mit den neuen Waffensystemen der SS 20-Raketen ist die Sowjetunion daran, auch das regionale Übergewicht an Nuklearwaffen zu behaupten, denen Westeuropa zur Zeit nichts Gleichwertiges entgegensetzen kann. Die „*Neue Zürcher Zeitung*“ äußerte angesichts dieser Lage schon vor einiger Zeit die Sorge, daß Europa damit in zunehmendem Maße sowjetischen Erpressungen ausgeliefert sein könnte, gegen die der Schild amerikanischer Interkontinentalwaffen keinen zuverlässigen Schutz mehr

biete: Europa laufe Gefahr, eine Geisel in der Hand Moskaus zu werden.

Mit dieser Situation konfrontiert, entschied sich die NATO zu dem vielzitierten Doppelbeschluß, um die eigene Raketenrüstung in Westeuropa aufzustocken und nur im Zusammenhang mit der Schließung der atomaren Verteidigungslücke in Europa Verhandlungen mit dem Osten zu suchen. Währenddessen ist im Fernen Osten die *historische Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und China* weitergegangen. Die Sowjetunion sieht sich dadurch einer globalen Einkreisung ausgesetzt, die in China beginnt und über Japan und die Vereinigten Staaten bis Westeuropa reicht. So wenig man über die wirklichen Absichten der Kreml-Führung authentisch weiß: Daß sowjetische Militärs versucht sein könnten, einen Präventivschlag gegen China zu führen, bevor die Millionenmassen des chinesischen Volkes mit der modernen amerikanischen Waffentechnologie aus- und aufgerüstet sind – das ist gewiß nicht nur eine abstrakte Spekulation. Der *sowjetische Einmarsch in Afghanistan* ist vermutlich auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Er demonstriert nicht nur den alten russischen Drang zum Indischen Ozean, sondern er ist wohl auch als Flankenbewegung gegenüber China und als strategische Bedrohung der für den Westen lebenswichtigen Verbindungslinien mit den Ölgeländen des Nahen Ostens zu deuten. Damit aber muß sich Amerika an einer besonders sensiblen Stelle gefährdet fühlen.

Auf diese Weise sind die beiden Supermächte in eine akute Phase jenes kalten Krieges verstrickt, der sich schon seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Wellenbewegungen abspielt und der in Korea und Vietnam sogar zu einer „heißen Konfrontation“ eskalierte.

## Nicht berechenbare Tendenzen nehmen zu

Die Konfliktstoffe sind inzwischen noch brisanter geworden. Der *Nord-Süd-Gegensatz* verschärft diese Brisanz zusätzlich, da er der Sowjetunion die Gelegenheit zur permanenten Förderung der Revolution in der Dritten Welt samt der Erpressung des Westens gibt. Die *aggressive Dynamik des offensiv gewordenen Islam* stellt einen neuen, unkalkulierbaren und besonders bedrohlichen Gefahrenpunkt dar. Der österreichische Bundeskanzler *Bruno Kreisky* ist in den letzten Jahren nicht müde geworden, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Nahe Osten in seiner gegenwärtigen Zerrissenheit nur mit dem Balkan zu Beginn dieses Jahrhunderts zu vergleichen ist. Von dieser Region kann jederzeit jener Funke überspringen, der genügt, um die rundum angehäuften Konfliktstoffe zu einer verheerenden Explosion zu bringen. Die Ermordung des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat, die alle Prognosen über den Haufen warf, ist ein Hinweis darauf.

Alle diese Entwicklungen sind schon bedrohlich genug. In jüngster Zeit zeichnen sich aber noch zusätzlich schon gar

nicht mehr berechenbare Tendenzen ab, die das seit Jalta scheinbar festgefügte *Blocksystem* des Ostens und des Westens insgesamt *in Frage stellen*. So leidet der gesamte *Ostblock* schon seit geraumer Zeit an der „polnischen Krankheit“. Trotz einer unaufhörlichen Politik der Einschüchterung, trotz bedrohlicher Manöver und des demonstrativen Aufmarsches der Sowjetflotte in der Ostsee ist es Moskau bisher nicht gelungen, den Bazillus der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ abzutöten. Im Gegenteil: Die Solidarität hat es gewagt, den mächtigen Nachbarn offen herauszufordern und die Arbeiter in allen Ostblockländern ebenfalls zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften aufzufordern – ein im Ostblock bisher zweifellos einmaliger Vorgang.

Schon gibt es Anzeichen dafür, daß die *polnische Ansteckung* auf andere Länder des Ostblocks übergreift. Sogar aus Weißrußland liegen Berichte vor, wonach sich an mehreren Orten Zellen für eine unabhängige Gewerkschaftsarbeit gebildet haben. Im Sommer meldete die „Prawda“ Verurteilungen im Zusammenhang mit „provokatorischen Versuchen“, in Betrieben „Unruhe zu stiften“. Die großen Betriebsversammlungen in der Sowjetunion, in denen jeweils viele tausend Arbeiter Protestresolutionen gegen die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ beschließen mußten, hatten den zusätzlichen Effekt, die sowjetische Arbeiterschaft auf die Vorgänge in Polen aufmerksam zu machen, die aufgrund der traditionellen russisch-polnischen Spannungen nicht von vornherein mit ungeteilter Sympathie rechnen konnten. Immer härtere Urteile in der Sowjetunion gegen Dissidenten, die Justizwillkür in der Tschechoslowakei, wo man die „Infektion“ aus Polen in besonderer Weise fürchtet, und drakonische Polizeimaßnahmen in anderen kommunistisch regierten Ländern sind ein Zeichen dafür, wie ernst der Kreml die Lage einschätzt. Wo für Moskau die Grenze des Erträglichen in der gegenwärtigen polnischen Entwicklung liegt – das ist in dem Wust der Warnungen und Beschimpfungen, die Polen von seinem großen „Bündnispartner“ hinnehmen muß, bis jetzt noch immer nicht klargeworden.

Auf jeden Fall ist Polen das frappierendste Beispiel dafür, wie zersetzt, abgebraucht, zur Formalität entwertet die *kommunistische Ideologie* im Ostblock ist. In anderen Ländern des Ostblocks ist dieser Auflösungsprozeß äußerlich noch nicht in vollem Ausmaß sichtbar geworden. Dort hält der Apparat der Partei noch besser. Faktisch dürfte dieser Prozeß aber kaum in einem Land außerhalb der Sowjetunion viel weniger fortgeschritten sein, wenn man die DDR als Sonderfall hier ausnimmt. Akute Versorgungslücken wie in Polen und Rumänien fördern diesen Erosionsprozeß noch zusätzlich und lassen erkennen, wie sehr das östliche Imperium im buchstäblichen Sinn auf den Spitzen der Bajonette ruht, deren Macht nicht unterschätzt werden darf.

Trotzdem ist der „Eiserne Vorhang“ heute nicht mehr in der Lage, geistige Phänomene abzuschotten. Entwicklungen, die im Westen aktuell werden, setzen meist schon nach kurzer Zeit auch im Osten ein – und umgekehrt. So

ist nicht nur östlich der quer durch den Kontinent verlaufenden Demarkationslinie ein *nachhaltiger Ausbühlungsprozeß* zu beobachten, sondern eine ähnliche Entwicklung ist auch im Westen im vollen Gang: Die Sinnkrise hat breite Schichten der jungen Generation in den westlichen Industrieländern erfaßt, das Unbehagen über die politischen Parteien wächst, abschreckende Phänomene des Terrorismus und Hedonismus nehmen zu, die Wirtschaftskrise hat bereits Millionen Arbeitslose zur Folge. In zahlreichen Staaten, vor allem in kleineren Ländern wie Holland, Belgien und Dänemark taucht immer vehementer die Frage auf, wie sinnvoll das militärische Engagement kleiner Staaten angesichts der übermächtigen Nuklearrüstung der Supermächte ist.

## Ungewißheiten in Ost und West

Leidet der Osten somit unter der „polnischen Krankheit“, so ist der Westen mittlerweile von der „Hollanditis“ angesteckt, die auch auf die Bundesrepublik übergreift. Der große Friedensmarsch der 250 000 nach Bonn war ein unüberhörbares Signal dafür, wie stark das einstige Selbstverständnis des westlichen Bündnissystems in Frage gestellt ist. Zynisch könnte man angesichts dieser auffallend parallel verlaufenden Vorgänge sagen: Ein *Wettrennen der inneren Zersetzung* hat in beiden Blocksystemen eingesetzt, die nach außen hin furchterregend und unüberwindlich erscheinen, die aber mit ihren internen Schwierigkeiten offenkundig nicht fertig zu werden vermögen.

Für das deutsche Volk ist diese Entwicklung mit *besonderen Ungewißheiten* verbunden. Seit 1945 in zwei getrennte Staatswesen zerschlagen, seiner ungebrochenen nationalen Tradition beraubt, ist es in Krisenzeiten Drohungen und Verführungen stärker ausgesetzt, als dies unter stabileren Verhältnissen der Fall wäre. Konrad Adenauer wußte das, und daher ordnete er seinerzeit alle politischen Überlegungen der Notwendigkeit unter, seinem Land den Ruf der Zuverlässigkeit und Standhaftigkeit zurückzugewinnen. Die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands trat daher hinter den Willen, die Integration der Bundesrepublik in eine westeuropäische Gemeinschaft zu betreiben, immer mehr zurück. Auch die Ostpolitik Willy Brandts vermochte trotz mancher Erfolge an dem Status quo der deutschen Teilung nichts Grundsätzliches zu ändern.

Wenn aber nun von Polen bis Kroatien das *nationale Selbstbewußtsein* neuen Auftrieb erhält, so ist es nach dem Gesetz der kommunizierenden Gefäße nur eine Frage der Zeit, bis man sich auch in deutschen Landen immer lauter fragen wird, warum man eigentlich Deutschland verwehrt, was auch schon der letzten kleinen Inselgruppe irgendwo im Indischen Ozean ganz selbstverständlich zuerkannt wird: Die volle Souveränität und nationale Einheit.

In seinen Memoiren schreibt *Henry Kissinger*, an der grundsätzlichen Westorientierung der Männer wie Brandt, Wehner und Schmidt bestehe kein Zweifel. Ihr Problem liege aber darin, daß sie einen Prozeß unter Kontrolle halten müssen, der im Falle eines Fehlschlages ihr politisches Überleben gefährden würde, und daß die Ostpolitik Brandts in den Händen bedenkenloser Leute zu einer *neuen Form des klassischen deutschen Nationalismus* werden könnte. Angesichts dieses Nationalismus, der von Bismarck bis Rapallo versuchte, zwischen West und Ost zu schwanken, regt sich da und dort im Westen bereits die Sorge vor einem Rückfall in das Lavieren der deutschen Vergangenheit.

## Gefordert: klarer Kurs und Augenmaß

Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die Sowjetunion alles tun wird, um dieses Mißtrauen zu fördern, andererseits wird sie das innerdeutsche Unbehagen auch weiterhin als *Hebel zur Schwächung oder Spaltung der westlichen Allianz* einsetzen. Die Bundesrepublik in ihrer exponierten Stellung unmittelbar an der Grenze des geteilten Europas, in Kenntnis der unterschwelligsten Ängste bei manchen westlichen Nachbarn und in der schmerzlichen Einsicht, daß die Wiedervereinigung als wichtigstes nationales Ziel in unerreichbarer Ferne liegt, steht somit vor neuen Bewährungsproben, die klaren Kurs und Augenmaß erfordern.

Das gesamte westliche Bündnis steht indessen vor der entscheidenden Frage, die erst kürzlich in der Schweiz gestellt wurde: Wie sich zwischen Amerika, das den Niedergang seiner Macht zurückkorrigieren möchte, und seinen europäischen Partnern, die in den vergangenen Jahren einen manchmal recht weiten Weg der Anpassung an die sowjetische Übermacht gegangen sind, wieder ein *aktionsfähiger Verbund* herstellen läßt. Eine andere offene, nicht weniger bedrängende Frage ist es, wie eine derartige Aktionsfähigkeit erreicht werden kann, ohne daß die Spirale der Rüstung hemmungslos und ungebremst weiter aufgedreht wird.

Nur wenn dieses Unterfangen ohne Übermut, ohne Säbelrasseln gelingt, in jener Freiheit, die zum Unterschied vom Osten auch unbequeme Mahner und den selbstkritischen Ruf nach Frieden respektiert, besteht Aussicht, auch künftige Aggressionen zu verhindern und das militärische Gleichgewicht zu erhalten. Dieses ist eine unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß die Welt die Chance erhält, nach einer Periode lebensgefährlicher Konfrontation doch wieder in eine ruhigere Zeit des Verhandeln und des Dialoges zu gelangen. Andernfalls würde aus dem Gleichgewicht des Schreckens der Schreckensfall des globalen Umkippen.

Fritz Csoklich